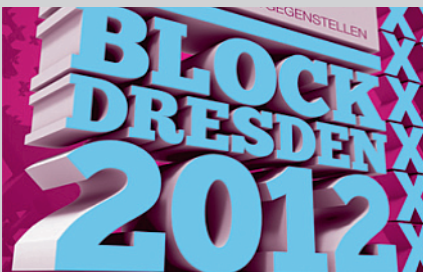


## INHALT

Sitzung des Landesvorstands Thüringen	2
Sieben Thesen zu guter Arbeit	3
Kommentar Herbert Schoenenburg: Wahlbetrachtungen	4
Dresden Nazifrei mobilisiert weiter für den 18. Februar	5
Infos zu den kommenden Wahlen	6

## Unterstützung der Fahrt "Dresden Nazi-frei"



Liebe Genossinnen und Genossen, auch in diesem Jahr gilt es den Aufmarsch der Nazis in Dresden zu blockieren. Aus diesem Grund mobilisieren wir erneut alle Mitstreiter, gegen Menschenverachtung und Fremdenfeindlichkeit zu demonstrieren. Dieses Vorhaben stellt jedoch durchaus eine enorme körperliche Anstrengung dar, die nicht von allen Genossen aufgenommen werden kann. Wer dieses Vorhaben aber dennoch unterstützen möchte, kann sich sehr gern an den Fahrtkosten für den gemieteten Bus beteiligen. Diese betragen 10 Euro bzw. 5 Euro ermäßigt. Wir bitten Euch darum, diesen Betrag auf unser Spendenkonto (siehe Rückseite) mit dem Betreff: "Dresden" zu überweisen und danken Euch schon vorab sehr herzlich für diese Hilfe!

## Seniorenmitwirkungsgesetz: Die Chance auf echte Teilhabe vertan



"Im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen verpasst die Landesregierung die Chance, eine wirkungsvolle Einbindung von Seniorinnen und Senioren in die Politik vor Ort gesetzlich zu regeln", kritisiert Margit Jung, seniorenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, das jetzt vorgelegte Seniorenmitwirkungsgesetz. "Trotz der Kritik von Vereinen und Verbänden gibt es weder die Pflicht, Seniorenbeiräte zu gründen, noch eine echte Mitbestimmung", so die Abgeordnete weiter. Nur wenn Beiräte vorhanden sind oder freiwillig eingerichtet werden, sind die Verwaltungen verpflichtet, sie anzuhören in für ältere Menschen relevanten Angelegenheiten. Nicht verankert wurde die Pflicht, Ältere in ihren eigenen Angelegenheiten tatsächlich mitbestimmen zu lassen. "Lediglich eine Mitwirkung ist im Vergleich zu der von uns vorgeschlagenen Mitbestimmung ein jämmerliches Angebot, das den

Seniorinnen und Senioren wenig bringt", kritisiert Frau Jung. "Damit wird die im EU-Jahr geforderte Aktivierung von älteren Menschen wohl kaum erreicht werden können." Dies zeige sich auch an den fehlenden finanziellen Mitteln. Wer immer nur auf das Ehrenamt setze und dabei vergesse, dass dies nur durch die Unterstützung von hauptamtlichen Strukturen dauerhaft funktioniert, hoffe wohl auf nicht allzu viel Einmischung in die kommunale Verwaltung. "Mit dem vorgelegten Gesetz hat die Landesregierung zwar den Koalitionsvertrag abgearbeitet, nicht aber die demokratischen Implikationen verstanden, die in einer echten Mitbestimmung liegen", stellt die Seniorenpolitikerin fest. "Wir wollen tatsächliche Mitbestimmung der Menschen in ihren eigenen Angelegenheiten. Deswegen hat die LINKE ein Seniorenmitbestimmungsgesetz vorgelegt, das nun mitberaten werden muss."

# Aktuelle Ausschreibung: Für den 2. Frauenpreis der LINKEN in Thüringen

DIE LINKE in Thüringen setzt sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch dafür ein, dass Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft gleichberechtigt mitwirken und ihre Vorstellungen von einem selbstbestimmten und solidarischen Leben verwirklichen können. Deshalb wollen wir die Leistungen aktiver Frauen in Thüringen öffentlich würdigen und anerkennen, die sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Gesellschaft – im

Erwerbsleben, in der unternehmerischen Tätigkeit, im sozialen Bereich, in der Selbsthilfe, im Prozess der demokratischen Mitwirkung zur Lösung kommunaler Anliegen, in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Familienhilfe in besonderer Weise engagieren.

Unser Ziel ist, mit der Ehrung engagierter Frauen Beispiele der gesellschaftlichen Teilhabe aufzuzeigen und andere Frauen zu bestärken, selbstbestimmt und aktiv an der

Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken und ihre spezifischen Sichten, Erfahrungen und Ansprüche in diesen demokratischen Prozess einzubringen. Wir wollen Frauen ermutigen, selbst aktiv zu werden und dafür einzutreten, Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement, Bildung und Kultur entsprechend ihren Bedürfnissen und Anforderungen im alltäglichen Leben miteinander zu vereinbaren und zu leben.

## Sitzung des Landesvorstandes DIE LINKE. Thüringen

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE Thüringen beschäftigte sich in seiner Sitzung am 20.01.2012 mit aktuellen Fragen und seiner weiteren Arbeit. Zur Initiative für die Bildung eines Bundesfrauenrates erklärt der Landesvorstand:

DIE LINKE hat unzählige engagierte, kompetente und ideenreiche Frauen. Der Landesvorstand unterstützt die Bildung eines „Bundesrates LINKE Frauen“. Aus Thüringen werden mindestens zwei Frauen entsendet, die am Gründungstreffen des Bundesrates am 25. Februar 2012 in Hannover teilnehmen. Mit dem Bundesrat LINKE Frauen bekommt der im Programm unserer Partei verankerte Wille zur Weiterentwicklung unseres sozialistisch-feministischen Profils ein demokratisch legitimes Forum, von dem aus Diskussionen in die Partei

hineingetragen und dort auf allen Ebenen weitergeführt werden können. Der Bundesrat soll Impulse setzen, Veranstaltungen organisieren, die jährliche Bundesfrauenkonferenz verbindlich vorbereiten und eine größere Ausstrahlung feministischer Positionen in Partei und Gesellschaft erreichen.

In diesem Zusammenhang wurde ein Beschluss zur Auslobung des „Thüringer Frauenpreises der LINKEN“ gefasst. In der Ausschreibung heißt es, dass sich Akteurinnen und Projekte bewerben bzw. vorgeschlagen werden können die sich unter anderem für die Förderung der Chancengleichheit von Frauen in der Bildung, in der Berufsvorbereitung und im Erwerbsleben einsetzen.

Im Weiteren wurde festgelegt, dass die Linke des Saarlandes für die

Neuwahlen zum Saarländischen Landtag, die voraussichtlich am 25. März 2012 stattfinden, die volle Unterstützung der thüringischen Genossinnen und Genossen erhält. Dazu werden Mitarbeiter der Partei abgeordnet und ehrenamtliche WahlhelferInnen gewonnen.

Die Blockade der Nazidemonstration mit friedlichen Mitteln am 18. Februar in Dresden wird durch die Partei voll unterstützt. Der Vorstand ruft alle Mitglieder unserer Partei und alle demokratischen Kräfte auf, auch in diesem Jahr wieder nach Dresden zu fahren, um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern und damit ein Zeichen für Demokratie und Toleranz zu setzen.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt befasste sich der Vorstand mit der Vorbereitung des Bundesparteitages am 2/3. Juni 2012 in Göttingen.

## Freistaat steht bei B 19 Ortsumgehung Wasungen auf der Bremse

„Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt auf Anfrage mit, dass die B 19 Ortsumgehung Wasungen vorerst nicht weiter geplant wird, obwohl die DEGES die Optimierung der Linienplanung nach dem Raumordnungsverfahren bereits im letzten Jahr abgeschlossen hat. Als Grund dafür wird die Konsolidierung des Thüringer Landeshaushaltes 2012 angeführt. Erst wenn der Freistaat Thüringen die Planungsmittel bereitstellt, kann die Vorentwurfsplanung fortgesetzt werden. Damit wird auch das

zur Baurechtsherstellung erforderliche Planfeststellungsverfahren verzögert.

Erst mit einem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss können die erforderliche Bundesmittel beantragt werden. Der Baubeginn scheidet nun am fehlenden Eigenanteil des Thüringer Verkehrsministeriums.“

Petermann erklärt weiter: „Mit dieser Vorgehensweise verschiebt die Thüringer Landesregierung den Baubeginn der Ortsumgehung offenbar bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Es ist zu hoffen, dass dem Thüringer Minister

für Bau, Landesentwicklung und Verkehr Christian Carius (CDU) die Gesundheit der Wasungerinnen und Wasunger nicht völlig gleichgültig ist. Nun sind Taten gefragt, um die unnötigen Lärm- und Abgasbelastungen durch das hohe Verkehrsaufkommen einzudämmen. Die Betroffenen sehen sich einer unerträglichen Situation ausgesetzt. Davon habe ich mich selbst überzeugt. Der Verkehrsminister sollte sich vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern treffen und einen Lösungsvorschlag unterbreiten.“

# Gabi Zimmer: Sieben Thesen zu guter Arbeit

Die sieben Thesen in Kurzform:

1. Ein guter Kündigungsschutz ist kein Hindernis für Beschäftigungswachstum.

Flexibilisierungsstrategien sind verantwortlich für die Segmentierung der Arbeitsmärkte und das Wachstum prekärer Beschäftigung.

Integrierten Leitlinien für den Zeitraum 2008-2010 muss die Förderung der Qualität der Beschäftigung, die Verbesserung der sozialen Sicherheit, der sozialen Eingliederung, des sozialen Risikomanagements und der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben stehen. Kurzum: 'Gute Arbeit' muss zum europäischen Leitbild für die Überarbeitung des Leitlinienpakets 2008-2010 werden.



2. Die Unterscheidung zwischen "veralteter" Arbeitsplatzsicherheit und "moderner" Beschäftigungssicherheit ist für das wirkliche Leben unerheblich. Ein guter Kündigungsschutz fördert beide.

4. Die geplante Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie steht in krassem Widerspruch zur vorgeblichen 'Flexicurity'-Idee, der Balance zwischen Flexibilität und Sozialschutz. Sie zielt einseitig auf noch mehr Flexibilität und erhöht gesundheitliche Belastungen am Arbeitsplatz.

6. Wer prekäre Beschäftigung und Armut trotz Erwerbsarbeit bekämpfen sowie den "sozialen Aufstieg" zu regulärer unbefristeter Beschäftigung erleichtern will, muss die Förderung des Niedriglohnssektors und den Zwang zur Niedriglohnarbeit aufheben. Dies erfordert auch eine europaweit koordinierte Mindestlohnpolitik und einen entschiedenen Kampf gegen Sozialdumping.

3. Wer über die negativen Folgen der real existierenden betrieblichen und Arbeitsmarktflexibilisierung nicht sprechen will, sollte über Flexicurity schweigen. Die bestehenden

5. Im Mittelpunkt der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) und der

7. Die Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie muss die Rechte der Beschäftigten stärken und einen neuen europäischen Arbeitszeitstandard herbeiführen. Wenn die EU einen "lebenszyklusbasierten Ansatz" in der Beschäftigungspolitik verwirklichen will, müssen Arbeitsmarktübergänge besser abgesichert und neue Rechte auf Freistellungszeiten (Fort- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen, Elternzeiten etc.) geschaffen werden. (pm)

Mehr Informationen unter: [www.gabi-zimmer.de](http://www.gabi-zimmer.de)

## Ehrenamtlicher Oberhofer Bürgermeister geht an Realität vorbei

"Es ist völlig an der Realität vorbei entschieden worden, dass der Bürgermeister von Oberhof künftig ehrenamtlich sein soll. Die Spitzenstellung im Wintersport ist nicht mit einer anderen Gemeinde in Thüringen vergleichbar", erklären die beiden LINKEN Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld und Frank Kuschel. Die Linksfraktion wird die Bürgermeisterwahl von Oberhof in der kommenden Landtagssitzung im Rahmen der Aktuellen Stunde thematisieren. Auf Antrag der LINKEN hatte heute der Innenausschuss das Thema zum künftigen Status des Oberhofer Bürgermeisters zu beraten. Dabei stellte die Landesregierung dar, dass nach der Übertragung der Sportstätten an eine Betreibergesellschaft

die restlichen Aufgaben des Bürgermeisters in ehrenamtlicher Funktion ausgeübt werden könnten. "Hier macht man den zweiten Schritt vor dem ersten. Dabei verkennt die Landesregierung, dass der Bürgermeister von Oberhof nicht nur im Winter umfangreiche repräsentative Aufgaben mit internationaler Bedeutung wahrnehmen muss. Auch in den übrigen Jahreszeiten muss der Bürgermeister die Wintersportstadt umfänglich vertreten", so die Suhler Landtagsabgeordnete Leukefeld.

Nach Angaben der Landesregierung müsse noch in diesem Jahr eine Fusion von Oberhof mit benachbarten Kommunen erfolgen. Sollte dies freiwillig nicht möglich sein, habe die Landesregierung für 2013

eine Fusion mit gesetzlichem Zwang angekündigt. Für die beiden Linkspolitiker wird am Beispiel von Oberhof deutlich, dass das Versagen des Landes während der Freiwilligkeitsphase von Neugliederungen verheerende Auswirkungen auf die betroffenen Kommunen und das Land haben werde. Die Freiwilligkeit scheiterte dort, wo Oberhof keine Partnergemeinde findet und deshalb die Regelung ins Leere laufe. "Die Landesregierung hat im Fall von Oberhof versagt und wartet bis 2013, wo der Landtag per Gesetz entscheiden soll. Damit wird den Abgeordneten und Kommunalpolitikern der 'Schwarze Peter' zugeschoben", protestiert der Kommunalexperte Kuschel.

# H. Schoenenburg: Wahlbetrachtungen

Anlass dafür sind die bevorstehenden Wahlen des Landrates und der hauptamtlichen Bürgermeister, die für uns den politischen Höhepunkt des Jahres 2012 darstellen. Unser Ausgangspunkt, die Bilanz der letzten Wahlen ist gut, denn wir haben mit maßgeblicher Beteiligung der LINKEN im Kreis sowohl das Direktmandat für den Bundestag als auch das Mandat für den Landtag gewonnen. Nicht so gut lief es dagegen bei den Wahlen zum Kreistag, wo wir einen deutlichen Verlust von Mandaten hinnehmen mussten.

Hier zeigte sich wieder einmal in aller Deutlichkeit die Bedeutung des subjektiven Faktors. Wir hatten sowohl zu den Landtags- als auch zu den Bundestagswahlen die besseren Kandidaten, was bei der Kreistagswahl von den Wählern offenbar nicht so gesehen wurde, daher das Ergebnis: Mandatsverluste. Noch viel klarer wird dieser Zusammenhang bei den bevorstehenden Wahlen sein, denn das sind eindeutig Personenwahlen.

Weil das so ist und wir in den vergangenen Jahren den subjektiven Faktor vernachlässigten und strategische Fehler begangen haben, können die bevorstehenden Wahlen für uns kein Erfolg werden.

Bereits vor Jahren versäumten wir es, einen aussichtsreichen Kandidaten für die Nachfolge von R. Luther aufzubauen und dafür in bedeutsamen politischen Funktionen zu platzieren. Dabei erwies sich auch die in unserer Wahlordnung in Stein gemeißelte „Frauenquote“ als schwere Bürde. Man könnte aus heutiger Sicht annehmen, dieses von den Grünen abgekupferte Verfahren sei von Parteifeinden mit List und Tücke bei uns installiert worden. Im Ergebnis kommt heute eine 85-jährige Frau leichter auf einen aussichtsreichen Listenplatz als ein 35-jähriger Mann. Jede Wahl bei uns wird zu einem bürokratisch aufgeblasenen Akt mit mehreren Listen und der Gefahr von Fehlern, die uns lächerlich machen und selbst wohlwollende Betrachter zu einem Kopfschütteln veranlassen. Außerdem verlangt es einen fast genialen Versammlungsleiter, wie wir ihn bei der letzten Wahl des KV zum Glück hatten. Allerdings konnte auch er nicht verhindern, dass wegen

fehlender Frauen der KV mit 2 Genossen weniger besetzt werden musste, was für die Zukunft nichts Gutes ahnen lässt. Mit einer ersatzlosen Streichung der „Frauenquote“ würden wir die Beschäftigung mit uns selbst sofort verringern können.

„Kaderfragen sind Machtfragen.“ Dieser Satz wird immer gültig sein, solange es politische Macht gibt. Da langfristige Kaderentwicklung nur in hauptamtlichen Strukturen möglich ist- früher kannte man den treffenden Begriff „Berufsrevolutionär“ - müssen viel stärker als bisher unter diesem Aspekt unsere hauptamtlichen Mitarbeiter ausgewählt werden. SPD und CDU machen es uns vor. Soziale Aspekte können da (leider) nicht im



Mittelpunkt stehen, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit des (jungen) Bewerbers, für die Partei den politischen Kampf in einem entsprechenden zu erobernden Amt zu führen.

Regionale Aspekte sind ebenfalls sehr wichtig. Auch da haben wir Fehler gemacht. Es kann eigentlich nicht sein, dass hauptamtliche Mitarbeiter unseres Bundestagsabgeordneten nicht aus unserer Kreisstadt Meiningen kommen, wo sich sein Büro befindet. Auch deshalb haben wir dort wie auch in Zella- Mehlis und Schmalkalden keine Bürgermeisterkandidaten für die Wahlen anzubieten. So ist die Lage, nun kommt es aber darauf an, noch das Beste daraus zu machen und vor allem Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Euer Herbert Schoenenburg

# Zella-Mehlis Genossen beraten mit Bürgermeisterkandidaten



In ihrer letzten Mitgliederversammlung stellten sich die Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes Zella-Mehlis der Frage zur Nachfolge des amtierenden Bürgermeister Panse. Der parteilose Bürgermeister der Ruppbergstadt wird zur kommenden Wahl nicht erneut antreten. Derzeit stehen drei Kandidaten fest, die sich um den Posten des Stadtoberhauptes bewerben werden. DIE LINKE wird dabei mit keinem eigenen Kandidaten vertreten sein. Daher stellt sich nun die Frage einer möglichen Unterstützung eines anderen Bewerbers. Aus diesem Grund stellte sich der Kandidat der SPD Uwe Schlütter den anwesenden Genossen vor.

In der Vorstellung seiner Ziele hob er eine bessere Zusammenarbeit der Stadt mit dem Landkreis sowie dem Land hervor. Er unterstrich zudem die Bedeutung von mehr Öffentlichkeit und kommunaler Zusammenarbeit in der Region. Auch das Thema längeres gemeinsames Lernen stünde bei ihm ganz oben auf der Agenda. Ein besonders wichtiges Anliegen ist ausserdem die Entwicklung des Zentrums der Stadt. Hier müssen die beiden Stadtkerne von Zella und Mehlis weiter zusammenwachsen. In Richtung der Linken sagte Schlütter: "Wir sitzen im Stadtrat nicht nur nebeneinander, wir machen auch viel miteinander." und warb damit um die Unterstützung der Genossen. Im nicht-öffentlichen Teil der Versammlung bekräftigte die Stadtvorsitzende Elke Pudszuhn dann nochmal einen Vorschlag, auch mit dem parteilosen Kandidaten und derzeitigen Hauptamtsleiter Rossel das Gespräch zu suchen. Erst danach solle eine endgültige Entscheidung zu der Frage getroffen werden, welcher der Kandidaten unterstützt werden kann und soll.

# Jens Petermann: Dresden Nazifrei mobilisiert weiter für den 18. Februar

## Aktionismus ist keine Hilfe für Oberhof



„Ein über die bundesdeutschen Grenzen hinaus bekannter und attraktiver Ort wie Oberhof im Thüringer Wald braucht einen hauptamtlichen Bürgermeister“, erklärt Jens Petermann, Mitglied im

Sportausschuss des Deutschen Bundestages.

„Mit der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes gegen einen hauptamtlichen Bürgermeister für Oberhof zeigen die zuständigen Landesbehörden mangelndes Fingerspitzengefühl und fehlende Weitsicht. Wenn die Landesregierung zeitgleich einen „Oberhofbeauftragten“ einsetzt, belegt dies, dass es offensichtlich an Koordinierung mangelt und den Verantwortlichen die Konzepte für sinnvolle Strukturreformen fehlen.

Die anstehenden Aufgaben, die ein stark frequentiertes touristisches Zentrum wie Oberhof bewältigen muss, können von einem ehrenamtlichen Bürgermeister nicht geleistet werden. Deshalb ist der Thüringer Landtag dringend aufgefordert, eine Ausnahmegenehmigung für Oberhof zu beschließen.

Im Rahmen einer längst überfälligen Gebietsreform im südlichen Thüringer Wald sollte ein Zusammengehen von Oberhof mit anderen Gemeinden wie Zella-Mehlis und Benshausen sowie der kreisfreien Stadt Suhl ein naheliegender Weg sein.

Den dritten Schritt vor dem ersten zu gehen, würde für Oberhof gerade auch vor dem Hintergrund der geplanten Investitionen zu einem unverantwortlichen Vakuum in der Verwaltungsorganisation führen und die Handlungsfähigkeit der Stadt lähmen. Zuerst den hauptamtlichen Bürgermeister in Oberhof abzuschaffen, um dann über effektivere Strukturen nachzudenken, lässt nicht auf strategisches und planvolles Vorgehen schließen.“ (pm)



Während Neonazis unter den Augen des Verfassungsschutz jahrelang morden und Banken plündern konnten, ohne dass ein Beamter davon etwas gemerkt haben will, richtete sich die volle Aufmerksamkeit des bundesdeutschen Inlandsgeheimdienstes offenbar auf DIE LINKE.

So wurde am Wochenende öffentlich, dass der Verfassungsschutz 27 Bundestagsabgeordnete und elf Landtagsabgeordnete der LINKEN beobachtet. Der Parteivorstand betrachtet die Bespitzelung als rechtswidrigen Angriff. Getroffen werden sollen DIE LINKE als sozialistische Partei in der Bundesrepublik, ihre Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, die parlamentarisch und außerparlamentarisch Widerstand gegen undemokratische sowie unsoziale Entwicklungen in diesem Land und insbesondere gegen Neofaschismus und Rechtspopulismus leisten. So müssen auch die Ermittlungen der sächsischen Behörden wegen der Blockaden der Naziaufmärsche in den letzten beiden Jahren als Angriff auf DIE LINKE verstanden werden. Obwohl sich prominente Mitglieder von SPD und Grünen an den Blockaden beteiligten, wurden nur gegen Abgeordnete der LINKEN Verfahren eröffnet. Andre Hahn und Bodo Ramelow, den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Sächsischen bzw. im Thüringer Landtag, wurde bereits die Immunität entzogen.

Beide haben Strafbefehle von mehreren tausend Euro erhalten. Auch der Bundestagsabgeordnete und Bundesgeschäftsführerin Caren Lay, sowie Janine Wissler und Willy van Ooyen, den beiden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Hessischen Landtag, stehen Immunitätsaufhebungen bevor. Trotzdem rufen alle drei auch in diesem Jahr zur Blockade von Europas ehemals größtem Naziaufmarsch auf. Die Fraktion der LINKEN in Hessen hat unlängst entschieden im Februar 2012 geschlossen nach Dresden zu reisen, um sich den Nazis in den Weg zu stellen – mit oder ohne Immunität. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ mobilisiert bundesweit zu Blockaden am 18. Februar 2012 in Dresden. Für den Fall, dass die Nazi-Szene den Aufmarsch am Wochenende nach dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens in diesem Jahr erstmals aufgibt, wurde bereits eine antifaschistische Demonstration angemeldet. Gründe gegen Neonazis und staatliche Repression gegen Antifaschisten zu demonstrieren gibt es auch für DIE LINKE genug. Mehr Informationen zu den Protesten am 18. Februar und auch zur Frage, wie sich das Bündnis auf den Naziaufmarsch am 13. Februar vorbereitet, findet ihr im Interview mit dem Bündnissprecher Martin Glück auf [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

Im Februar haben Geburtstag:

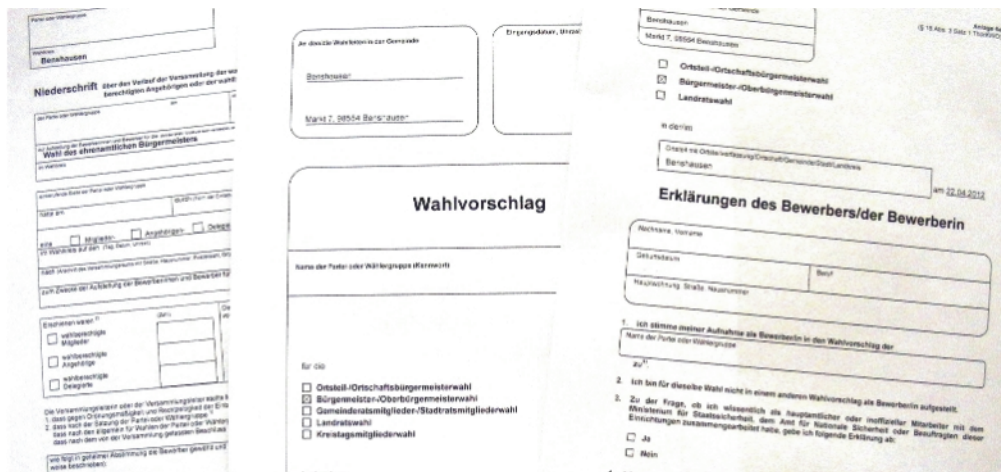
04. 70. GT Ingrid Krauss, Schmalkalden  
 04. 80. GT Franz Gerth, Schmalkalden  
 07. 89. GT Willi Rommel, Trusetal  
 08. 87. GT Gerda Zink, Untermaßfeld  
 10. 87. GT Karl Schönecker, Schmalkalden

15. 85. GT Hannelore Nagel, Meiningen  
 16. 86. GT Horst Karl, Schmalkalden  
 18. 88. GT Alfons Brandt, Zella-Mehlis  
 19. 94. GT Karla Kummer, Zella-Mehlis  
 21. 85. GT Herbert Gleiche, Walldorf  
 21. 85. GT Ursula Lapp, Meiningen  
 22. 60. GT Klaus-Dieter Kaiser, Schmalkalden

Kontostand Spendenkonto:

Anfangsbestand	2.110,00 €
Spenden	+ 82,00 €
Bankgebühren	- 3,00 €
-----	
Saldo	2189,00 €

# Unterlagen für die kommenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen



Die Wahlen zu den Landräten und hauptamtlichen Bürgermeistern in Thüringen stehen unmittelbar bevor. Am 22. April können alle Bürgerinnen und Bürger auch in unserem Landkreis wieder ihr Kreuz machen. Die Findung geeigneter Kandidaten läuft auf Hochtouren. Hierbei ist noch einige Zeit und im Notfall können die Unterlagen bis zum 9. März 18 Uhr beim jeweiligen Wahlleiter der Stadt oder Gemeinde abgegeben werden. In den Städten und Gemeinden wurden teilweise schon jetzt die entsprechenden amtlichen Wahlunterlagen an die Genossinnen

und Genossen versendet. Sollte es dabei Erklärungsbedarf oder die Bitte um Unterstützung geben, stehen die Genossen in der Kreisgeschäftsstelle sehr gern zu Eurer Verfügung! Zum zuständigen Kreiswahlkampfleiter wurde der Genosse Herbert Schoenenburg in der letzten Sitzung des Kreisvorstandes benannt. Er koordiniert alle Wahlkampfmaßnahmen und ist unser Ansprechpartner für die Genossen des Kreisverbandes und Verbindungsmann zum Landeswahlkampfbüro der Thüringer Linken.

## Spendenaufwurf zu den kommenden Wahlen

Liebe Genossinnen und Genossen, die Wahlkampf vorbereitungen zu den kommenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 22. April 2012 haben begonnen. Unser Kreisverband wird dabei aller Voraussicht nach einen Kandidaten für das Amt des Landrats wie auch einen Bürgermeisterkandidaten stellen. Wie jeder Wahlkampf ist auch dieser wieder mit enormen Kosten verbunden. Leider hält sich die finanzielle Unterstützung des Landesverbandes für diese Wahlen in Grenzen, da dort der Schwerpunkt auf die nächsten Bundes- und Landtagswahlen gelegt wurde. Daher sind wir auf unsere eigenen Mittel angewiesen, diesen Wahlkampf zu finanzieren. Aus diesem Grund rufen wir alle

Genossinnen und Genossen auf, sich nach ihren Möglichkeiten daran zu beteiligen und bitten Euch um eine Spende. Es zählt wirklich jeder Euro!! Scheut Euch daher bitte nicht, auch einstellige Beträge zu spenden. Die entsprechende Bankverbindung findet ihr auf dieser Seite am rechten Rand. Jede Unterstützung wird gebraucht. Das gilt auch für die Hilfe an Infoständen, beim Hängen von Plakaten und Verteilen von Werbematerial. Wir bitten Euch auch in diesen Angelegenheiten Euerem jeweiligen Stadt- oder BO-Vorstand anzusprechen. Sie können Euch Auskunft geben oder Euer Unterstützungsangebot weiterleiten. Wir danken Euch für Eure Hilfe und freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf!

## Impressum:

DIE LINKE Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung von Ronald Hande (V.i.S.d.P.)

Tel. (03683) 466333  
 webmaster@die-linke-sm.de  
 www.die-linke-sm.de

Spendenkonto:

Nr. 1706060366  
 BLZ: 84050000

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge oder Pressemitteilungen (pm) trägt der Verfasser die alleinige Verantwortung.

## Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle:

Di. und Do.  
 14.00 - 16.30 Uhr  
 (und nach Vereinbarung)

Sofern Geschäftsstelle nicht besetzt ist, bitte im Abgeordnetenbüro von Manfred Hellmann (MdL) klingeln (direkt darüber).

Jens Petermann (MdB)  
 Nonnenplan 7  
 98617 Meiningen  
 Tel.: (03693) 880179

Manfred Hellmann (MdL)  
 Hoffnung 11  
 98574 Schmalkalden  
 Tel.: (03683) 466333

DIE LINKE im Internet:  
 www.die-linke-sm.de

**DIE LINKE.**  
 Kreisverband  
 Schmalkalden-Meiningen